



JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN



**STADT. LAND. MENSCH.**

*Unsere Ideen für die Heimat von Morgen*

15.–16. November 2014 in Arnsberg  
#nrwtags50

## **Sonstige Beschlüsse**

*des 50. JU NRW-Tags*

*am 15./16. November 2014 in Arnsberg*

## **„Ökologisches“ Jagdgesetz stoppen! - für eine Beibehaltung des bestehenden Landesjagdgesetzes**

Nachdem bereits im rot-grünen Koalitionsvertrag 2012-2017 zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in NRW die ideologische Ausrichtung des Jagdrechts nach ökologischen und Tierschutzkriterien aufgenommen wurde, mussten die Jägerinnen und Jäger über 2 Jahre auf einen entsprechenden Gesetzentwurf warten.

In diesen zwei Jahren wurden durch die Landesregierung insbesondere in Person von Umweltminister Rimmel immer wieder Versprechen und Beschwichtigungen ausgesprochen und ein partnerschaftlicher, vertrauensvoller Dialog angeboten. Mit dem am 16.09.2014 vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des LJG NRW und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz) zeigt Minister Rimmel nun seine wahre Intention: Die mittelfristige Abschaffung der Jagd in NRW und damit letztlich in Deutschland!

Die Novelle des Jagdgesetzes ist gespickt von Verboten, überbordenden gesetzlichen Anforderungen an Leistungsüberprüfungen und geprägt von pauschalem und unbegründetem Misstrauen gegenüber der Jägerschaft als Gruppe und deren Interessenvertretung. Der Entwurf verkennt die Funktion und die Bedeutung der Jagd für Mensch und Natur und missachtet die Leistung für Natur- und Tierschutz der Jäger.

Die Jagd hat nicht nur eine Jahrtausende alte, kulturhistorische und handwerkliche Funktion, was je für sich genommen schon schätzenswerte Belange darstellt. Vielmehr ist die Ausübung der Jagd von über 80.000 Jägern in NRW auch der bei weitem größte Beitrag bürgerlichen Engagements für einen aktiv betriebenen und sachlich fundierten Natur- und Tierschutz.

Das bestehende Landesjagdgesetz ist eine der fundiertesten jagdrechtlichen Ordnungen überhaupt und wird vielfach als Vorlage für andere Rechtsordnungen benutzt. Die JU NRW spricht sich daher für eine Beibehaltung des bestehenden Jagdrechts aus. Der Gesetzentwurf von Minister Rimmel, den selbst die SPD in wesentlichen Teilen bis zur Einbringung ins Kabinett nicht kannte, darf nicht zum Gesetz werden!

Daher fordert die Junge Union NRW:

1. Der massive Eingriff in den Katalog der bejagbaren Arten und die Reduzierung der Jagdzeiten muss gestoppt werden, denn er missachtet die Naturschutz- und Hegeleistungen der Jäger für mehr Artenvielfalt und bedeutet weniger statt mehr Schutz für die heimische Tierwelt.
2. Die Aushöhlung des flächendeckenden Reviersystems begünstigt Wildschäden und vor allem Seuchenzüge und muss daher genauso wie eine Ausweitung der nicht-bejagbaren Flächen um weitere 20 Prozent dringend verhindert werden.
3. Die geplante Einführung von jährlichen Schießnachweisen und die geplante Verpflichtung auf bleifreie Büchsenpatronen verkennt die Idee einer weitestgehend einheitlichen Jagd in Deutschland und leistet einem Verhinderungsföderalismus Vorschub.

4. Das generelle Tötungsverbot für wildernde Katzen verhindert Wildtier- und Artenschutz, gleichzeitig bedeuten die Einschnitte bei der Jagdhundeausbildung nicht mehr, sondern weniger Tierschutz. Beide Änderungen sind abzulehnen.
5. Das geplante Jedermann-Aufnahmerecht bei krankem (verletztem) Federwild kann tierschutzwidrig sein, ist seuchenrechtlich problematisch und eröffnet bestimmten Tierschutzorganisationen ein neues Geschäftsfeld, ohne dass es dem Tierschutz nutzt. Diese Art des Umweltlobbyismus für bestimmte Verbände lehnen wir strikt ab.
6. Der Landesjagdverband NRW muss die anerkannte Vereinigung der Jäger auf Landesebene bleiben. Die geplante Gleichsetzung von Kleinvereinen führt zu bewusster Desorganisation und ist abzulehnen.
7. Die Jagdsteuer darf nicht eingeführt werden! Die Wiedereinführung verkennt die geschlossene Vereinbarung mit der Jägerschaft zur Beseitigung von Tierkörpern bei Wildunfällen als „Aufgabenprivatisierung“. Zudem löst die geplante Ermächtigung zur Erhebung dieser Steuer durch die Kreise kein Einnahmeproblem, sondern verschiebt die Verantwortung für die Erhebung allein auf die kommunale Ebene.
8. Der besonderen Sachkunde und freiwilligen Hegeleistung jedes einzelnen Jägers, dokumentiert durch die staatliche Jagdprüfung, sowie die Verlässlichkeit des Landesjagdverbandes als Organisation muss durch den Status als anerkannte Tierschutzorganisation seitens des MKULNV Rechnung getragen werden.

### ***Vorrang von Antragsberatung vor Grußworten***

Auf den NRW-Tagen der Jungen Union hat die Beratung von Anträgen Vorrang vor Grußworten.

Unter der Maßgabe eines stimmigen Gesamtablaufs können Grußworte weiterhin an passender Stelle im Programm eingefügt werden, jedoch nicht mehr im vergleichbaren zeitlichen Umfang wie zuvor in Voranstellung an die Beratungen. Zu haltende Grußworte, insbesondere von Gästen, die an weiten Teilen des Programms teilnehmen und damit nicht zwingend zu einem bestimmten Zeitpunkt zum NRW-Tag sprechen müssen, haben grundsätzlich Nachrang gegenüber einer Antragsberatung.

Weiterhin achtet die Tagungsleitung des NRW-Tags wieder verstärkt darauf, dass Grußworte nicht länger als fünf Minuten dauern, und unternimmt bei Bedarf alle notwendigen Maßnahmen, um diese Zeitvorgabe durchzusetzen.

Unser neuer Bundesvorsitzender Paul Ziemiak wird freundlich aufgefordert, auf eine vergleichbare Prioritätensetzung auch auf dem JU-Deutschlandtag hinzuwirken.

## ***Kommunalwahlrecht***

Die Junge Union NRW fordert die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion auf, sich für eine Kommunalwahlrechtsreform einzusetzen. Insbesondere sollte eine Sperrklausel für Räte und Kreistage wieder eingeführt und rechtssicher in der Landesverfassung verankert werden.

## ***Weitere Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak unterstützen!***

Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung wie die Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien auf, sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak, insbesondere Angehörige der religiösen Minderheiten wie Jeziden und Christen, einzusetzen.

Nach Angaben von UNCHR und IOM sind derzeit über 1,5 Millionen Menschen aus dem Irak auf der Flucht vor Massakern und Kriegshandlungen. Die Junge Union NRW ist erschüttert über die Verbrechen an diesen Menschen und über die Situation der Flüchtlinge vor Ort im Irak. Amnesty International berichtet in seiner öffentlichen Verlautbarung am 02. September 2014 von „systematischer Jagd auf Andersgläubige und Minderheiten“, von „ethnischen Säuberungen“ und von „abscheulichen Verbrechen“.

In Nordrhein-Westfalen leben viele irakische und deutsche Familien irakischer Herkunft, die in den Krisenregionen um Mossul und Shingal Familienangehörige haben und hatten.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Fraktionen auf, jede Möglichkeit einer Erweiterung von Kontingentregelungen und jede Möglichkeit einer Aufnahme von besonders betroffenen Flüchtlingen aus dem Irak zu unterstützen und zu fördern. Dabei sollen vor allem Familienzusammenführungen von Angehörigen aus den besonders betroffenen Gebieten zu nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern, z.B. christlichen und jezidischen Glaubens, ermöglicht werden. Die Junge Union NRW fordert für das Anliegen der Familienzusammenführungen, eine Vereinfachung der gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen umzusetzen.

## ***Salafismus keine Chance geben!***

Der Salafismus ist eine noch radikalere Ausrichtung des Islamismus. Die Anhänger sehen sich als Kämpfer und Verfechter des ursprünglichen Islams, welcher von den ersten Muslimen, „al-salaf al-salih“ (den "rechtschaffenen Altvorderen"), praktiziert wurde. Jede Art der theologischen Modernisierung wird abgelehnt. Ihre Werte und Handlungen stützen sich auf ihre Rechtsordnung, der Scharia. Frauen gegenüber haben sie eine extrem diskriminierende Einstellung.

### **I. Salafismus in Deutschland den Nährboden entziehen!**

In Deutschland gibt es inzwischen etwa 6000 Anhänger, wobei davon auszugehen ist, dass es noch eine große Dunkelziffer gibt. Innerhalb kürzester Zeit ist die Anzahl an jungen Menschen, die zum Islam konvertieren und sich der extrem konservativen Strömung des Salafismus anschließen, drastisch angestiegen. Besonders Jugendliche, die sich in einer

schwierigen Lebenssituation befinden, sei es familiär, schulisch oder durch Freunde, sind Persönlichkeiten, die im Salafismus einen neuen Lebensinhalt finden.

NRW hat besonders im Ruhrgebiet viele Regionen, die dem Salafismus großen Nährboden für ein hohes Rekrutierungspotenzial bieten. Wir als Junge Union sehen uns in der Pflicht, Handlungen gegen die Taten der Befürworter und Verbreiter des Salafismus in Deutschland anzustoßen.

Als präventive Maßnahmen fordert deshalb die Junge Union NRW:

- Lokale Präventionsarbeit durch gezielte Aufklärung in Schulen durch Thementage und Aufnahme der Problematik in den Lehrplan, Jugendzentren und weiteren Einrichtungen für Jugendliche bzw. junge Erwachsene
- Schulungen für Sozialarbeiter, Lehrer, Polizisten und anderen Einrichtungen zur Früherkennung von Salafismus und Gegenmaßnahmen
- Einbeziehung muslimischer Spitzenverbände bei der Erstellung von Präventionsmaßnahmen

## II. Ein- und Ausreise für Extremisten verhindern!

Die JU NRW fordert ein Ausreiseverbot für deutsche Salafisten, um einem Terrortourismus entgegenzuwirken. Von diesen Personen geht eine besondere Gefahr für unsere innere Sicherheit aus, da sie sich in Kriegsgebieten paramilitärisch ausbilden lassen und damit für Anschläge im Sinne eines globalen Dschihad, auch auf deutschem Boden, geschult werden. Aus diesem Grund begrüßt die JU NRW den Vorstoß des Bundesministers des Innern, Thomas de Maizière, Islamisten den Personalausweis zu entziehen.

Trotz allen Bemühungen der jeweiligen Innenministerien ist davon auszugehen, dass dennoch deutsche Staatsangehörige den Weg in die Konfliktgebiete im Nahen Osten finden und sich dort den Gräueltaten der IS-Truppen anschließen. Die JU NRW fordert deshalb den Gesetzgeber auf, den Paragraphen 17 des Staatsangehörigkeitsgesetzes dahingehend zu ändern, dass auch Mitstreitern des IS, der selbst kein eigener Staat ist und auch keinem Staat angehört, die Staatsangehörigkeit entzogen werden kann. Denn Terroristen haben in unserem Staat keine Daseinslegitimation.

## III. Salafismus juristisch entgegentreten!

Wer den Salafismus und seine Ausbreitung in Deutschland in irgendeiner Form fördert, sei es finanziell, personell oder logistisch, muss es Möglichkeiten geben, diese juristisch verfolgen zu können. Dies darf nicht nur für Einzelpersonen gelten, sondern auch für Institutionen und Staaten. Zur Bekämpfung islamistischen Gedankenguts ist es auch notwendig zu prüfen, ob gegebenenfalls Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinung von sogenannten „Hasspredigern“ ausgenutzt werden und so unsere freiheitlichen Grundrechte gegen unseren Staat eingesetzt werden.